

Fichte-Gymnasium Karlsruhe

Facharbeit

**"Wie sollte man das Internet regulieren, um die
Demokratie nicht zu gefährden?"**

**Beitrag zum 65. Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der
politischen Bildung**

Henry Strichow

1. Einleitung

„Das Internet prägt die Menschen wie keine Erfindung zuvor.“ (Kampusch 2019:13). Unrecht hat Natascha Kampusch damit nicht, auch Jürgen Habermas sieht das Internet als einen „tiefen evolutionären Einschnitt.“ (Schloemann 2020). Viele berühmte Persönlichkeiten führen heutzutage einen Diskurs via Internet. Doch was sind eigentlich die großen Gefahren, von denen so oft gesprochen wird? Am besten wäre es hier einfach einen Ausschnitt aus einer Dystopie einzufügen. Denn so wie wir momentan mit dem Internet umgehen, kann man nur von einem düsteren Ort sprechen.

All diese Gefahren lassen sich in 6 Kategorien einteilen: 1. mangelnde Privatsphäre. Heiko Mass sprach schon zu seinen Zeiten als Justizminister darüber, dass wir uns in Zeiten der „maßlosen Überwachung“ (Anonymus 2014:63) befinden. Oft wird das Internet als anarchistisch bezeichnet. Doch „(d)as Internet ist kein freier Ort. Es ist ein sehr kontrollierter.“ (Anonymus 2014:224). Große Konzerne sammeln all unsere Daten und für Personen, die sich mit Computern auskennen, ist es eine Leichtigkeit, alles über ihre Mitmenschen herauszufinden, und zwar wirklich alles. 2. Mangelnde Ethik. Die Künstliche Intelligenz, die hinter vielen der Softwares steckt, ist nicht auf Menschenfreundlichkeit ausgelegt und bedingt so unter anderem Kategorie 3. Falschinformationen und Propaganda verbreiten sich, ebenso wie Verschwörungstheorien, rasend schnell, führen zu Radikalisierungen und sind sehr problematisch. Durch das Internet kann ein jeder Massen an Personen weltweit erreichen. Kategorie 4 handelt von Kriminalität und Hass. Denn man kann im Internet alles kaufen. Die Auswahl erstreckt sich von Drogen und Schusswaffen, bis hin zu Auftragsmördern, Sklaven und Kindesmissbrauch-Videos. Hacker-Angriffe auf die kritische Infrastruktur sind ebenfalls sehr häufig und können eine enorme Gefahr für ganz Deutschland darstellen. Auch findet man Nachrichten aller Art. Beispielsweise Verleugnungen des Holocausts und Hakenkreuze, Hassnachrichten, Morddrohungen und Cybermobbing. Kategorie 5 befasst sich mit den psychologischen Auswirkungen. Das Internet gestaltet zum einen nachweislich unsere Denkweise um und zum anderen führt es zu der Verschlechterung der mentalen Gesundheit und des Selbst- bzw. Körperbildes. Kategorie 6 ist die Unwissenheit und die Naivität der Bevölkerung, die man beispielsweise an den meistgenutzten Passwörtern erkennen kann. Dass dies ein gefährliches Bild für unsere Demokratie zeichnet, ist in Regierungskreisen unumstritten. Doch wie sollte man das Internet regulieren, um die Demokratie nicht zu gefährden? Die folgende Facharbeit befasst sich mit den verschiedensten Lösungsvorschlägen, mit dem Ziel, eine Anregung für den Schutz der Demokratie darzustellen.

2. Hauptteil

2.1. Privatsphäre und Datenschutz

Zuerst ist es wichtig anzuführen, dass die oft gewollte Aufhebung der Anonymität im Internet nicht die Lösung sein kann. Denn anders als das wirkliche Leben, besteht alles aus Daten. Jeder einzelne Schritt wird im Internet überwacht. Außer man benutzt *Tor* (Webbrowser), ein Projekt, das versucht eine völlige Anonymität zu garantieren. Und dies ist, so paradox es wirken mag, sehr wichtig. Denn Dissidenten, Verfolgte und Journalisten werden durch die Digitalisierung auch in der Wirklichkeit stärker verfolgt. Die einzige Möglichkeit, sich überwachungsfrei auszutauschen, ist *Tor*. Diese Möglichkeit und Freiheit sind unheimlich wichtig für die Demokratie. Der gleichen Meinung ist auch der Oberstaatsanwalt Dieter Kochheim, laut ihm ist "(d)iese Anonymität (...) vom Gesetzgeber auch ausdrücklich gewollt. Politisch gesehen brauchen wir Anonymisierungsdienste wie *Tor* in allen totalitären Umgebungen". (Anonymus 2014:144). Auch kriminalstatistisch stellt *Tor* kein großes Problem dar, denn die große Mehrheit der Straftaten wird im Clear-Net begangen. Deswegen wäre es ein Fehler, Anonymität an sich zu verbieten, denn dies würde der Demokratie mehr schaden, als nutzen. Ein besserer Lösungsvorschlag wäre die Überholung des NetzDG. Denn gemeinsam mit dem EU-Recht reicht es nicht aus, der Bevölkerung die nötige Privatsphäre zu garantieren. Auch die Abgabe der Kontrolle an die Plattformen, was Hass und Hetze betrifft, ist kritisch zu sehen. Der Anspruch auf Selbstauskunft und auf Informationen über Datenabflüsse sollte erweitert werden und zudem auch tatsächlich durchgeführt werden. In einem Frontal21 Report befassen sich die Reporter mit der Durchsetzung des Datenschutzes auf EU-Ebene und ihr Fazit ist ernüchternd: Im Internet herrsche keine Rechtsfreiheit, eher eine Rechtsdurchsetzungsfreiheit. Dies sollte sich so schnell wie möglich ändern. Denn diese Auslieferung gegenüber den Konzernen ist nicht akzeptabel. Verstöße gegen Gesetze sollten sanktioniert werden. Ebenso stehen die Uploadfilter, welche es auf EU-Ebene gibt, sehr in der Kritik, da ihr Fehlerpotential äußerst hoch ist. Deutschland sollte als Vorbild vorangehen und einen hohen Sicherheitsstandard etablieren, den es auch auf EU-Ebene vertreten sollte. Deutschland sollte sich dafür einsetzen, internationale Rechtsgrundlagen zu schaffen. Da die Gefahren des Internets global sind, beispielsweise sitzen die meisten online Shops des Deep Webs außerhalb von Deutschland, liefern aber auch in die BRD, sollte man auch global gegen sie vorgehen. Der Schutz der Privatsphäre sollte im Grundgesetz festgehalten werden und verschlüsselte Kommunikation sollte zum Standard werden. Denn wenn nur die verschlüsseln, die etwas zu verbergen haben, wie beispielsweise Journalisten, dann werden sie sehr schnell zur Zielscheibe. Doch freier Journalismus stellt eine der Grundlagen der

Demokratie dar, sollte also nicht gefährdet werden. Es wäre sinnvoll, diese verschlüsselte Kommunikation auch staatlich anzubieten, für Personen, die selbst nicht die Möglichkeit haben, ein eigenes mobiles Endgerät zu verwenden. Es ist untersagt, den Briefverkehr einer Person zu lesen, wieso sollte es dann so einfach möglich sein, ihre digitale Kommunikation zu lesen? Deshalb wäre die Einführung des Telemediengeheimnisses sehr empfehlenswert, um den Datenschutz auch digital zu gewährleisten. Um Datenschutz als Standard zu etablieren, sollten zudem datenschutzfreundliche Voreinstellungen, also Privacy-by-Default, eingeführt werden. So wird es für jeden Bürger einfacher, sich ausreichend zu schützen, darüber hinaus könnte man eine Art Datenschutz-Siegel einführen. Dieses würde alle technischen Geräte, als auch Applikationen und Software, unabhängig prüfen und so dem Verbraucher klar zeigen, wie sicher das gewählte Produkt ist. Das würde einen Anreiz für die Firmen schaffen, ihre Produkte sicherer für ihre Nutzer zu gestalten. Zudem gibt es die Idee, dass diese Firmen ihren Nutzern jährlich einen "Datenbrief" zusenden müssen, in dem einfach formuliert die Datennutzung und auch die Weitergabe an alle Dritte genau benannt wird, damit der Nutzer optimal aufgeklärt ist. Ein enger Austausch zwischen den Konzernen und der deutschen Regierung ist ebenfalls sehr wichtig, allerdings sollte man mehr auf die Lobbyarbeit, vor allem auf europäischer Ebene, achten. Denn allein Google gibt 6 Millionen Euro für Lobbyarbeit aus. Tatsächlich sind 3 der 6 Lobbyverbände, die am meisten Geld dafür ausgeben, Digitalkonzerne. Die 5 größten Digitalkonzerne geben sogar doppelt so viel Geld für Lobbyarbeit aus, wie die weltweite Automobilindustrie. (ZDF 2021) Diese unverhältnismäßige Einflussnahme sollte besser reguliert werden. Beispielsweise mit einem transparenten Lobbyregister aller EU-Abgeordneten, das alle Treffen mit Lobbyisten aufführt. Lobbyismus an sich ist nichts Schlechtes, diese Expertise ist richtig und wichtig. Doch im digitalen Bereich kann man ein großes Ungleichgewicht bemerken. Dies ist weder gerecht noch förderlich für die demokratische Gesetzgebung. Deutschland sollte sich für Transparenz und Netzneutralität einsetzen und auch selbst Privatsphäre sehr wichtig nehmen. Das würde auch bedeuten, dass die Meldedaten der Bürger nicht ungefragt an Dritte weitergegeben werden dürfen. Hinzu kommt, dass Überwachungssoftware besser kontrolliert werden sollte. Volle Transparenz sollte obligatorisch sein. Dies würde bedeuten, dass die Produzenten ihre Produkte mit vollständigen Quellcodes, ihren Vertragspartnern und all ihren Kunden offenlegen müssten. Dies ist wichtig, damit weder Unternehmen noch Privatpersonen, Journalisten oder Politiker unter Überwachung leiden müssen. So sollte Transparenz für Überwacher und Anonymität für Überwachte gelten. Auch ein Informieren der Betroffenen über die Überwachungsmaßnahmen würde zu mehr Sicherheit vor willkürlichem Einsatz

führen. Ein weiterer Aspekt sind die Staatstrojaner. Diese sollten nur als allerletztes Mittel eingesetzt werden dürfen, nach richterlichem Beschluss und mit ausführlicher, unabhängiger Berichterstattung. Nach einem Monat sollte dieser Bericht vorliegen und so sollte es immer neue Einschätzungen über die Wirksamkeit geben, also eine neue Überprüfung der Rechtfertigung.

2.2. Ethik

Um KI menschenfreundlich zu gestalten, sollte Deutschland Ethikstandards erstellen lassen. Eine unabhängige Kommission aus den unterschiedlichsten Betroffenen sollte diese Ethikstandards erstellen und immer wieder aktualisieren. Denn das Internet ist sehr dynamisch und entwickelt sich unentwegt weiter. Doch KI sollte den Menschenrechten entsprechen.

2.3. Falschinformationen und Propaganda

Forscher schätzten, dass es sich bei etwa 30-40% der Nachrichten im Internet um Falschinformationen handle. Die Hauptinformationsquelle ist für 37% der Bevölkerung und für 56% der 18-24-Jährigen das Internet. Hier informieren sie sich über alles Mögliche. Doch das bedeutet, dass etwa ein Drittel ihrer Nachrichten gar nicht der Wahrheit entsprechen. So verändert sich ihr Weltbild immer weiter weg von der Realität oder sie entwickeln Angst vor Personen, wofür es absolut keinen Grund gibt. Auch Verschwörungstheorien verbreiten sich hauptsächlich über das Internet. Doch führt dieses wirklichkeitsferne Weltbild zu Hassnachrichten, Angriffen und führte sogar schon zu einem Mord an einem unschuldigen Schüler. (SWR 2022) Das Internet führt auch unabhängig von Verschwörungsideologien zu Radikalisierungen. Da die Betreiber möchten, dass die Nutzer so lange wie möglich auf ihren Plattformen bleiben, haben sie sich einiges einfallen lassen. Einerseits sehen die Nutzer genau den Inhalt, der zu ihnen passt. Dadurch entstehen so genannte Filterblasen, aus denen man nicht einfach herauskommt. Es werden nur noch Inhalte der einen Seite einer Debatte angezeigt und man fühlt sich immer mehr in seiner Meinung bestätigt. Durch diesen fehlenden Dialog und diese Individualisierung wird die Spaltung der Gesellschaft stark verstärkt. Zudem glauben Menschen eher an Dinge, die sie oft lesen und dies kann dazu führen, dass Menschen langfristig an Dinge glauben, die eigentlich unwirklich sind. Andererseits werden die Inhalte immer emotionaler. Natascha Kampusch beschrieb dies in ihrem Werk "Cyberneider" sehr passend: "Social Media wurde innerhalb der letzten Jahre zu einer Art Katalysator für unsere Gefühle." (Kampusch 2019:135f). Wenn man nach gesundem Essen sucht, landet man schnell bei Magersucht. Oder wenn man leicht politisch rechte

Inhalte gut findet, dann wird man sehr schnell in einem Netz aus Rechtsextremismus landen. Diese Radikalisierung ist ebenso, wie die Spaltung der Gesellschaft, sehr gefährlich für unsere Demokratie. In der Vergangenheit haben viele autokratische Regime gezeigt, was mit einer radikalen Bevölkerung alles möglich ist. Hinzu kommt, dass das Internet ebenso genutzt wird, um Wahlwerbung zu machen. Und zwar nicht nur auf vertretbarer Ebene. Sowohl der Cambridge Analytica Skandal als auch der Project Birmingham Skandal haben gezeigt, dass schon heute Mikrotargeting gezielt genutzt wird. Dies wird einen großen Wandel im politischen System zu Folge haben. Denn laut der Whistleblowerin und ehemaligen Facebook Mitarbeiterin Frances Haugen hat allein Facebook das Potential, Wahlen zu beeinflussen. Auch sie berichtet von Filterblasen und Radikalisierung (ZDF 2021). Beispielsweise in Myanmar, Äthiopien und Indien hat Facebook Aufrufe zum Völkermord zugelassen und millionenfach verbreitet. Hier sorgte Facebook dafür mit, dass Gefühle überkochten und Menschen auch physisch verletzt worden sind. Doch Mitarbeiter in Indien seien von ihrer Chefin dazu aufgerufen worden, diese Inhalte bei einem hohen Politiker nicht zu löschen. Auch die Brexit Entscheidung wurde durch Falschinformationen beeinflusst. Ebenso die 5-Sterne Bewegung in Italien oder Bolsonaro in Brasilien. Wobei es bei Letzterem deutlich extremer war und die politische Situation in Brasilien allgemein nicht mehr sehr demokratisch ist. Hier sind auch Bots und Trolle im Spiel, die gezielt den Diskurs, hauptsächlich mit rechten Nachrichten beeinflussen und Populisten so eine große Bühne bieten. Die Möglichkeit Massen zu erreichen, ist auch für Propaganda-Zwecke sehr förderlich. Das Internet als "Propagandamaschine" zu bezeichnen ist leider ein Abbild der Realität. Beispielsweise verbreitet Russland sehr viel der staatlichen Propaganda im digitalen Raum und schafft es so, auch westliche Demokratien zu destabilisieren. Doch wie sollte man dafür sorgen, dass genau dies nicht passiert? Im November 2022 hat Elon Musk, der neue Twitter-Besitzer, die Hälfte seiner Mitarbeiter entlassen. Vor allem die, die sich um Hassnachrichten und Falschinformationen kümmerten. Dies sollte nicht geschehen. Wenn man ein Gesetz erlassen würde, das Plattformen zwingt, innerhalb von 24 Stunden Hassnachrichten und Falschinformationen zu löschen, da sonst hohe Geldstrafen drohen, dann sorgt es dafür, dass sie mehr Mitarbeiter beschäftigen, die sich darum kümmern und auch, dass bessere Wege gesucht werden, um einen sicheren und respektvollen Diskurs zu ermöglichen. Zudem könnte man sich mit den Plattformbetreibern zusammensetzen und versuchen Änderungen der digitalen Strukturen zu ermöglichen. "Wir müssen die ganze Architektur des Internets überdenken, weil das Internet in den 60er Jahren von Hackern und Wissenschaftlern mit ARPA-Geldern entwickelt wurde, für die Sicherheit eher »safety« als »security« bedeutet hat.

Viele der heute noch gebräuchlichen Internet-Protokolle sind hoffnungslos veraltet und für Anforderungen wie Privatsphäre und Datenschutz völlig ungeeignet.“ (Anonymus 2014:223) Bernd R. Fix hat völlig recht. Die Struktur ist weder datenschutzfreundlich, noch sorgt sie für ein angenehmes Verwenden des Internets. Die Algorithmen sollten verändert und transparent offengelegt werden. Zur Not auch mit staatlichem Druck. Dies könnte zwar zur Folge haben, dass manche Plattformbetreiber ihre Plattformen nicht mehr in Deutschland anbieten möchten, doch der Staat hat die Möglichkeiten, sich um Alternativen zu kümmern. Deutschland sollte sich nicht von Unternehmern wie Marc Zuckerberg oder Elon Musk erpressen lassen. Solange ihre Produkte eine Gefahr für die Bevölkerung, als auch die staatlichen Strukturen darstellen, ist es nicht angebracht, sie diese weiterhin vertreiben zu lassen. Immerhin lassen wir ja auch nicht Waffenverkäufer überall in Deutschland ihre Waffen verkaufen. Zudem sollte Deutschland ein gut funktionierendes Bürger-Informations-Portal erstellen, das zu Informationsweitergabe führt. Ähnlich wie beispielsweise die Newsletter, in denen die Statistiken der COVID-Infektionen aufgeführt werden. All dies wäre ein guter Schritt in Richtung Sicherheit für die deutsche Demokratie.

2.4. Kriminalität und Hass

Die im obenstehenden Absatz genannten Maßnahmen helfen gegen Hass, Hetze und Cybermobbing. Doch gibt es noch ein weiteres Problem: Jan Böhmermann, ein Journalist und Satiriker, zeigte in einem Experiment, wie hilflos die deutsche Polizei in Bezug auf Kriminaldelikte im Internet ist. Dies sollte sich schnellstmöglich ändern. Ein Bundescyberkriminalamt sollte gegründet werden, denn Böhmermanns Recherche zeigte auch, dass die Bundesländer nicht miteinander kooperieren. „Die Kriminalität, gerade im Betrugsbereich, verlagert sich deutlich ins Netz“ (Anonymus 2014:133), dies sagte Steffen Rösemann, ein Mitarbeiter des LKA. Die Kriminalstatistik des Jahres 2021 zeigt dies ebenfalls. Die meisten Verbrechen werden immer seltener, doch die Cyberkriminalität nahm im Jahr 2021 um 12,1%, auf insgesamt 146.363 Taten zu. Schon 2013 bezeichnete der Chef des BKA Cyberkriminalität als etwas mit „grenzenlosem Wachstums- und Schadenspotenzial“ (Anonymus 2014:26). Dieses Bild bewahrheitet sich immer mehr. Beispielsweise kann man im Internet, wie oben schon erwähnt, alles erwerben. Vieles natürlich nur illegal, da die Gesetze auch im digitalen Raum gelten. „Diese ganzen Drogensachen dort sind nicht so relevant“, erzählt Frank Puschin, ebenfalls Mitarbeiter des LKA. „Das Problem sind die Kinderpornos.“ Er zeigte Anonymus die Videos, die sie in den letzten zwei Tagen entdeckt hatten. „Und auf unseren Servern im LKA haben wir mittlerweile Datenmengen, die in den Bereich von Terabyte kommen. (...)“ (Anonymus 2014:13). Dies

war schon 2014, die Datenmenge wird jetzt noch viel höher sein. Doch überraschenderweise ist das Deep Web gar nicht das Problem. Die Mehrheit der Straftaten ist im Clear Web aufzufinden. Um aktiv, vor allem gegen die Kindermisbrauch-Videos vorzugehen, muss die deutsche Polizei bestmöglich arbeiten können. Allein um die Kinder zu beschützen, denn die Unversehrtheit und auch die Menschenwürde sollten vom Staat in Schutz genommen werden. Zusätzlich sollte man darüber nachdenken eine EU-weite Internet-Polizei zu gründen. Denn das Internet und auch die dortige Kriminalität finden über Landesgrenzen hinweg statt. Die Zusammenarbeit wird bei Frontex schon in die Realität umgesetzt, man sollte dies auch im Internet-Bereich tun. Ebenso sollte der Staat enger mit den Digitalkonzernen zusammenarbeiten. Denn dies würde einiges erleichtern. Als Apple Facebook dazu drängte, den Menschenhandel auf der Plattform einzuschränken, meldete Facebook keinen einzigen dieser Straftäter an die örtliche Polizei. Und auch die vermutlich entführten Frauen meldeten sie nicht bei den Botschaften ihrer Heimatländer, obwohl online sogar Abbilder ihrer Pässe zu sehen waren. Eine Meldepflicht der Straftaten bei der zuständigen Polizei wäre sinnvoll, um die Arbeit der Polizisten zu erleichtern. Zudem könnte man zur Abschreckung die Strafen erhöhen, sodass die Benutzer und die Unternehmen eher im Rahmen der Gesetze handeln. Darüber hinaus sollte ein Digitalministerium oder zumindest ein Digitalgremium eingerichtet werden, da es viele Problematiken und Gesetzeslücken gibt und diese von Experten schnellstmöglich gelöst und gedeckt werden sollten. Das Internet ist jetzt schon ein so großer Bestandteil der Gesellschaft, dass es eines Ministeriums mehr als würdig ist. Zudem sollte es im Bereich des Verbraucherschutzes aktiv sein, damit auch die Nutzer gut vertreten sind. Ein unabhängiges Amt für Sicherheit in der Informationstechnik sollte ebenso eingerichtet werden. Es könnte Meldungen von Sicherheitsmängeln aufnehmen und Unternehmen und Organisationen unterstützen. Allerdings ist die Unabhängigkeit hier sehr wichtig, damit kein Akteur diese Mängel ausnutzen kann, auch nicht von staatlicher Seite aus. Wie oben schon erläutert, sollte es ebenso eine Kommission geben, die die Menschenrechtsstandards festlegt. Auch ein Cyberhilfswerk sollte eingerichtet werden. Denn kritische Infrastruktur muss, wie die DB mit der unzureichenden Sicherung ihrer Technologien zeigte, besser geschützt werden. Hierzu ist eine unabhängige Kontrolle nach staatlichen Sicherheitsstandards nötig, damit auch die kritische Infrastruktur in der Privatwirtschaft ausreichend geschützt ist. Denn schon jetzt sind wir alle von dem Internet und den zugehörigen Technologien abhängig. Die Prognosen über einen Ausfall sind dramatisch und sollten nicht in die Realität umgesetzt werden.

2.5. psychologische Auswirkungen des Internets

Viele Studien weisen auf eine starke Korrelation zwischen sozialen Medien und psychischem Unwohlsein hin. Immer mehr Frauen sind mit ihrem Aussehen unzufrieden und vor allem in der jüngeren Generation entsteht ein ungesundes, allgemein akzeptiertes Körperbild. Die unrealistischen Standards, die Influencerinnen setzen, sorgen dafür, dass immer mehr Frauen ihren Körper verändern möchten. So nehmen Schönheitseingriffe und ebenso psychische Krankheiten zu. Für Manfred Spitzer ist als Psychiater eines klar: Diese "Medien erzeugen nachweislich soziale Unzufriedenheit und Depressivität." (Spitzer 2019) Man sollte staatlich eingreifen, da man nicht riskieren kann, dass eine ganze Generation in ihrer Entwicklung so stark beeinflusst wird. Zudem sollte die gesamte Bevölkerung vor psychischen Leiden bewahrt werden. Ein simpler Schritt wäre eine Pflicht, wie beispielsweise in Norwegen, bearbeitete Bilder zu kennzeichnen. So ist für den Betrachter sofort klar, dass die gezeigten Personen nicht in echt so perfekt sind. Allgemein sollte man die digitalen Strukturen ändern, damit sowohl das Suchtpotential als auch die negativen psychologischen Auswirkungen abgemildert werden.

2.6. Unwissenheit der Bevölkerung

Diese äußert sich einerseits gegenüber Datenschutz und andererseits gegenüber der Verwendung von digitalen Geräten und dem Internet. Um dies zu ändern, sollte Deutschland in Kooperation mit Vereinen Schulungsmöglichkeiten anbieten, damit jeder die gleichen Voraussetzungen hat. Denn die momentane Unwissenheit und auch Naivität der Bürger beinhaltet Konsequenzen. Hans von Hagen drückte das gegenüber der Süddeutschen Zeitung sehr passend aus: „Wer glaubt, er habe nichts zu verbergen, für den gilt: Das entscheidet nicht der Überwachte, sondern der Überwacher.“ (Anonymus 2014:178) Deswegen ist es wichtig auch in Schul- und Studienplänen KI und Datenschutz zu integrieren. Die Technik rund um KI ist ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens, über den bestmöglich aufgeklärt werden sollte. Es ist wichtig, die gesamte Bevölkerung zu informieren, damit jeder bewusst mit dem Internet umgehen kann. Auch sollte man das Netz weiter ausbauen, damit jeder Bürger unabhängig von seinem Wohnort am Gesellschafts- und am Arbeitsleben teilnehmen kann. Diese Chancengleichheit ist sehr wichtig, deswegen sollte sich der Staat um Förderangebote kümmern und jedem Bürger die Möglichkeit eines Internetzugangs gewährleisten. Zudem ist es ratsam, genug Geld in die Forschung zu investieren, damit Deutschland weiter weltweit mithalten kann. Zudem könnte man Start-Ups mehr

unterstützen, die demokratie- und menschenfreundliche Technologien entwickeln. So könnte man versuchen, die Monopolstellung von Meta und Alphabet langsam aufzuheben. Denn wie Böhmermann es einmal ausdrückte: "Facebook zerstört unsere Realität, um uns dann eine neue zu verkaufen." (ZDF 2021). Dass dies nicht geschehen sollte, ist verständlich. Die Demokratie ist das, was uns Freiheit, Mitbestimmung und Sicherheit gibt. Die Demokratie ist das, was unser Leben lebenswert macht, und darf auf gar keinen Fall wegen wirtschaftlicher Interessen einzelner riskiert werden. Natürlich sind all die angeführten Methoden mitunter sehr kostspielig. Doch wir müssen uns fragen: Was ist uns die Demokratie wert? Was ist uns unsere Sicherheit wert? Für mich persönlich ist diese Frage sehr leicht zu beantworten.

3. Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Handlungsbedarf in der Gesetzgebung des digitalen Bereiches noch sehr groß ist. Doch mit den oben genannten Möglichkeiten ist es plausibel, die Gefahren für unsere Demokratie einzuschränken. Dass dieser Handlungsbedarf besteht, ist allbekannt. Deutschland und die EU sind gerade dabei, Neuerungen zu erwirken, um ihr politisches System besser zu schützen. Doch die geplanten Gesetze werden nicht ausreichen, um dies wirklich effektiv zu tun. Es ist wichtig, all diese Vorschläge langfristig umzusetzen, damit die Probleme aller oben genannter Kategorien entschärft werden. Denn auch die psychologische Gesundheit der Bevölkerung und die Debattenkultur wirken sich auf die Demokratie aus. Ebenso Überwachungsmöglichkeiten und die Kriminalität. Doch auch unscheinbar wirkende Auswirkungen des Internets können sich stark auf unsere Gesellschaft auswirken, denn schon längst hat sich gezeigt, dass all das, was online passiert, auch Teil der Gesamtwirklichkeit ist. Man sollte die Problematik nicht unterschätzen und schnellstmöglich handeln, damit nicht noch mehr Schaden angerichtet werden kann.

Das vom Internet gezeichnete Bild dieser Facharbeit ist sehr negativ, aber natürlich sind die Vorteile nicht zu unterschätzen. Doch damit diese so sehr überwiegen, dass jeder von uns guten Gewissens das Internet als Bereicherung für die Demokratie bezeichnen kann, müssen wir noch einiges tun. Wir haben im digitalen Raum unendlich viele Möglichkeiten, doch wie auch im analogen Leben, brauchen wir einen gesetzlichen Rahmen, der das friedliche und demokratische Zusammenleben reguliert. Deshalb müssen wir jetzt gemeinsam handeln, damit unsere Zukunft großartig wird.

4. Quellenverzeichnis

Online Quellen, mit letztem Aufruf am 09.11.2022:

Axel Springer SE (2022): beauty impact report, https://www.stylebook.de/data/uploads/2022/10/221008_final_bir.pdf

Bundestagswahl 2021/Wahlprogramm – Piratenwiki (2022): https://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2021/Wahlprogramm

Bundeszentrale für Politische Bildung (2021): Risiken und Nebenwirkungen der Digitalisierung, bpb.de, <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/eine-stadt-ein-land-viele-meinungen/294803/risiken-und-nebenwirkungen-der-digitalisierung/>

Das passiert, wenn das Internet komplett ausfällt (2019): YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=DAe5BuOQCSM&feature=youtu.be>

Die Wahrheit über das Internet (2016): YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=iWL3Fp0Uh80&feature=youtu.be>

GmbH, Deutscher Redaktion Ärzteverlag Deutsches Ärzteblatt (2022): Soziale Medien mit Depressionen bei Erwachsenen assoziiert, Deutsches Ärzteblatt, <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/129558/Soziale-Medien-mit-Depressionen-bei-Erwachsenen-assoziert>

HPI (2021): Die beliebtesten deutschen Passwörter 2021 <https://hpi.de/pressemitteilungen/2021/die-beliebtesten-deutschen-passwoerter-2021.html>

#kurzerklärt: Facebook und Google - Filterblasen gefährden Demokratie (2017): YouTube, https://www.youtube.com/watch?v=-TL_lja3Rhs&feature=youtu.be

Manipulation: Wie uns soziale Medien beeinflussen | Quarks (2019): YouTube, https://www.youtube.com/watch?v=dv_5tHdZcF8&feature=youtu.be

Nachrichten, ZDFheute (2021): Un-Social: Wie soziale Medien unsere Gesellschaft bedrohen, YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=XaaFMpBdGAq&feature=youtu.be>

Schloemann, Johan (2020): Lernen, lernen, lernen, Süddeutsche.de, <https://www.sueddeutsche.de/kultur/habermas-und-das-internet-lernen-lernen-lernen-1.4841981>

Schwächt das Internet die Demokratien? | Alle Internetze | ARTE (2019): YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=QBMY78nwN3w&feature=youtu.be>

SWR (2022): Mordprozess um tödlichen Schuss an Tankstelle <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/mainz/rueckblick-auf-mordprozess-um-toedlichen-schuss-an-tankstelle-in-idar-oberstein-100.html>

Temperamente, Ttt - Titel Thesen (2020): Wie die Demokratie durch Social Media untergraben wird | ttt, YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=tklbzc4mvso&feature=youtu.be>

Wessel, Felix (2022): Nach der Bahn-Sabotage: Wie gut ist die kritische Infrastruktur geschützt?, Nachrichten - WDR, <https://www1.wdr.de/nachrichten/schutz-der-kritischen-infrastruktur-100.html>

Quarks (2019): Wie uns Social Media abhängig macht, YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=WjOkROaA4s4&feature=youtu.be>

Vinod (2016): 10 most notable quotes from Google' Eric Schmidt – TECHMONITOR, <https://techmonitor.ai/technology/10-most-notable-quotes-from-googles-eric-schmidt-4207960>

ZDF MAGAZIN ROYALE (2018): Hass im Internet - ZDFneo, YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=fAYjSLtz6wQ&feature=youtu.be>

ZDF MAGAZIN ROYALE (2021): Stop & Go im deutschen Internet, | ZDF Magazin Royale, YouTube, https://www.youtube.com/watch?v=WDNYS_4dkAc&feature=youtu.be

ZDF MAGAZIN ROYALE (2021): Talk mit der Whistleblowerin Frances Haugen - ZDFmediathek, <https://www.zdf.de/comedy/zdf-magazin-royale/interview-frances-haugen-104.html>

ZDF MAGAZIN ROYALE (2021): Wie Facebook weltweit Demokratien zerstört | ZDF Magazin Royale, YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=ALzSAC4Wl6c&feature=youtu.be>

ZDF MAGAZIN ROYALE (2022): Wo die deutsche Polizei bei der Verfolgung von Straftaten im Internet versagt | ZDF Magazin Royale, YouTube, https://www.youtube.com/watch?v=Xdm8SG8_v0l&feature=youtu.be

ZDF (2020): Social Media Propagandamaschine der Populisten - ZDFmediathek, <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfinfo-doku/social-media-propagandamaschine-der-populisten-100.html>

ZDF (2022): Elon Musk übernimmt alleinige Twitter-Führung– ZDFheute, <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/twitter-elon-musk-fuehrung-100.html>

ZDF (2020): Mysterien des Weltalls: Wie bringt man eine Supermacht zu Fall? - ZDFmediathek, <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfinfo-doku/mysterien-des-weltalls-wie-bringt-man-eine-supermacht-zu-fall-102.html>

ZDF (2020): Nachrichten, ZDF-Mittagsmagazin, Linksextremismus und Rechtsextremismus, Verfassungsschutzbericht Faeser - ZDFmediathek, [online] <https://www.zdf.de/nachrichten/zdf-mittagsmagazin/linksextremismus-rechtsextremismus-+verfassungsschutzbericht-faeser-100.html> [abgerufen am 04.08.2022].

Literaturquellen:

Anonymus (2014): Deep Web - Die dunkle Seite des Internets, Ebook, Aufbau-Verlag GmbH.

Kampusch, Natascha (2019): Cyberneider: Diskriminierung im Internet, 1. Aufl., Dachbuch Verlag GmbH